

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion u. Expedition: Biebrich a. Rh., Rathausstr. 16. Telefon 41.

Redakteur: Paul Jorßich in Biebrich a. Rh.

Rotations-Druck u. Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich.

Stillegungs-Druck in Hochheim: Jean Lauer.

Anzeigenpreis: für die 6gepatente
Colonialzelle oder deren Raum 20 Pfg.
Reklametzelle 60 Pfg.

Bezugspreis: monatlich 85 Pfg. einjähr.
Bezugslohn. Wegen Postweges höheres
bei jedem Postamt.

N 123

Dienstag, den 21. Oktober 1919

Preis: 12 Pf.

13. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Nr. 623.

Die Dienststunden für den Bandratsamt und den Kreisamtschuss sind ab Montag, den 21. Oktober d. J., von vormittags 7½ Uhr bis nachmittags 2 Uhr (in der 3. U. bis 1 Uhr, in der ersten Bekanntgabe Nr. 617 verzeichnet) gedruckt worden.

Die durchgehende Arbeitszeit wird eingeführt, um Braut- und Heiratsmaterial zu erhalten.

Die Kreisangehörigen werden dringend gebeten, ihre Gesuche auf dem Bandratsamt möglichst bis 1 Uhr nachmittags zu erledigen.

Wiesbaden, den 9. Oktober 1919.

Der Bandrat.
A. S. Schlitt.

Nichtamtlicher Teil.

Tages-Rundschau.

Revolutionen- oder Verfassungsfeier?

Berlin. Während die Wehrheits- und Sozialdemokraten und die Unabhängigen den 9. November festlich begehen wollen, hält die deutsche demokratische Fraktion der Nationalversammlung solche Feiern für nicht angebracht. Nach ihrer Auffassung ist der 9. November als der Tag, an dem wir zu dem Wehrheitsband gezwungen waren, zugleich auch ein Trauertag erster Ordnung. Dazu kommt, daß nach demokratischer Auffassung der 9. November deshalb nicht als Ausgangspunkt der Umwälzungen zu gelten hat, weil an ihm Freie, denen die Partei fernsteht, den Zusammenbruch der als Folgeerscheinung der militärischen Niederlage zu gelten hat, für ihre eigentlichen Zwecke auszunutzen vermögen. Auf dem Wege der Evolution und nicht der Revolution geschahen demokratisch gesteuerte Umwälzungen aus den gewaltigen Leistungen und Opfern des deutschen Volkes während des Weltkrieges die verfassungspolitischen Folgerungen zu ziehen. Dementsprechend gebietet auch die deutsche demokratische Partei den Tag, an dem mit der Annahme der Weimarer Verfassung die Grundlagen für das demokratische Deutschland gelegt worden sind, künftig als Feiertag zu bezeichnen.

Die Inkeratensteuer.

Der Ausschuss der deutschen Nationalversammlung zur Beratung der Umwälzungen erledigte am Donnerstag, wie bereits berichtet, die erhöhte Inkeratensteuer (nicht Vorsteuer) auf Inkeraten, Bekleiden, Gasthausausstellung, sowie für die Aufbewahrung von Geld, Wertpapieren und Wertgegenständen. Für den Aufenthalt in Hotels, Gasthäusern usw. steht die Vorlage einer Steuer von 10 Prozent vor, bei einem Zimmerpreis von zwei Mark aufwärts; der Ausschuss setzte die Mindestgrenze für die Steuer auf drei Mark fest. Der Begriff „vorübergehender Aufenthalt“ wurde vom Ausschuss auf drei Monate festgelegt, während die Vorlage zwei Monate vorsieht. Die Inkeratensteuer wird auf einer längeren Ausdehnung beruhen. Die Regierung erklärt, daß die Steuer nicht entbehren könne; eine wesentliche Einschränkung der Inkeraten sei von ihr nicht zu befürchten, da die eine wirtschaftliche Bedürfnis entpfehle. Von allen Parteien wurden lebhafteste Bedenken geltend gemacht. Eine vom Abg. Hoyer (Zentrum) angeregte Abmilderung der Inkeratensteuer zugunsten der politischen Zeitungen sowie der kleinen Presse und der Fachzeitschriften gegenüber den großen Inkeratenzeitungen begegnete im Ausschuss wenig Beifall, obwohl sie von mehreren Rednern der Sozialdemokraten unterstützt wurde. Infolgedessen verhielt sich die Beratung nach nicht zu Entschieden. Der Abg. Hoyer wies u. a. auch darauf hin, daß in der Inkeratensteuer eine nochmalige schwere Belastung des Handels- und Gewerbetreibenden zu erblicken sei. Statt Preisabschlag treibe man fortgesetzt zu einer Erhöhung der Kaufkraft. In solchen Fällen müsse die Regierung die Kaufkraft durch formale Erhöhung der Inkeratensteuer zu vermindern. Der Ausschuss hat sich schließlich auf den Standpunkt, daß jede Kompensierung der Inkeratensteuer durch den Staat zu vermeiden sei, und so fand die Inkeratensteuer nach dem Reglemententwurf in Höhe von 10 Prozent Annahme. Dieser Befehl des Ausschusses dürfte aber noch einhelliger sein, die Inkeratensteuer wird sich vielmehr mit dieser Angelegenheit noch sehr eingehend zu beschäftigen haben. Es liegt daher durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß die in der Aussprache gegebenen Anregungen sich noch zu Änderungen verwickeln.

Die Folgen des Hungers in Mitteleuropa.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die amerikanische Gesellschaft der Freunde hatte Hans Adam, die Präsidentin der Internationalen Frauenkommission, Caroline Wood und Dr. Alice Hamilton beauftragt, den Einfluß der Hungersnot auf die Frauen und Kinder in Mitteleuropa zu prüfen. Ihnen folgte Dr. M. W. Jacobs, nach angeschlossen. Der an den amerikanischen Lebensmittelanwalt Hoover gerichtete Bericht über die Hungersnot durch Deutschland weist nach, wie entsetzlich die Hungersnot infolge der langen Unterernährung zugenommen hat. Vom Jahre 1913 bis 1919 wuchs die Sterblichkeit von 14 bis 1000 auf 47%. Im letzten Jahre allein sind an Hunger 75 000 Menschen gestorben. Die Ursachen sind schlechte Ernährung, Entzündungskrankheiten und der Zustand entsetzlicher Hoffnungslosigkeit. Die englische Krankheit ist sehr verbreitet in allen Bevölkerungsteilen. Die Blutarmut hat Formen angenommen, wie nie zuvor. Die Krankheiten der Eingeweide nehmen fortgesetzt zu. Kinder von 6-14 Jahren waren an Größe, Körperumfang und Gewicht weit unter den normalen Maßen. In vielen Fällen- und Mittelstadien fanden wir überall denselben Mangel an Lebensmitteln, und was vorhanden war, hatte keinen Nährwert. Nicht nur die arme

Bevölkerung leidet unter dem Lebensmittelmangel, auch die am besten Beschulten sind ebenfalls schädlich daran. Das Gerede der Hungersnot droht für den kommenden Winter. Wenn diese Zustände fortbestehen, wächst in Mitteleuropa ein Geschichtsbuch, fürpferlich und jenseitig durch und durch, so daß es zu einer Gefahr für die ganze Welt wird.

am Berlin. Die Reichsgesetzgebung für Kriegs- und Zivilgefangene tritt mit: Nach einer inoffiziellen Mitteilung der englischen Wehrheitskommission an den Chef der Unterkommission für Kriegsgefangene bei der Wehrheitskommission in Düsseldorf werden die Transporte der deutschen Kriegsgefangenen aus dem englischen Lager in Nordfrankreich und Flandern am 20. Oktober beendet sein. Vom 22. Oktober ab werden etwa 13 Tage lang täglich Transporte von 2000 Mann aus den in England befindlichen Lagern über Dover, Calais nach Deutschland weitergeleitet werden.

Kronstadt und St. Petersburg in russischer Hand?

London. „Daily Express“ meldet aus Helsingfors: Kronstadt hat sich nach einer Belagerung durch die britische Flotte ergeben. Gerüchte zufolge verlautet, daß Judentum am Mittwochabend in St. Petersburg einmarschiert ist.

Rotterdam, 19. Oktober. Aus Helsingfors wird gemeldet, daß St. Petersburg am 16. Oktober von General Judentum eingenommen wurde. Obwohl das Gerücht amtlich noch nicht bestätigt ist, wurde doch in der russischen Kirche zu Helsingfors die Befreiung St. Petersburgs durch einen Dankgottesdienst gefeiert.

Rotterdam, 18. Oktober. Wie die „Times“ aus Riga meldet, berichtet der Chef der Nordwestarmee, daß in den Straßen St. Petersburgs Kämpfe toben.

Eine Rede Lloyd Georges.

Lloyd George hielt in Sheffield eine Rede, in der er den Wiederaufbau auf sozialem und industriellem Gebiet als das einzige Notwendige bezeichnete. Er sagte, daß die Furcht der Arbeiter, wieder zu den Ängsten vor Arbeitslosigkeit zurückzuführen zu müssen, unbegründet sei. Es sei aber schmerzhaft, zu sagen, wie es möglich sein werde, die hohen Löhne zu zahlen, wenn nicht gleichzeitig auch die Erzeugung durch die Arbeiter größer werde. Es sei nötig, daß nicht nur der Lohn, sondern auch tatsächlich Frieden im Lande sei. Der Frieden sei mit dem Frieden geknüpft worden, und solange Deutschland die ihm auferlegten Verpflichtungen erfülle, müsse es Gelegenheit haben, ebenfalls Frieden zu bestehen. Dies liege nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch im Interesse Englands und im Interesse der ganzen Welt. Der Kriegsgewinn in der Industrie sei verhältnismäßig gering. Die Erzeugung sei in der Industrie in der Regel geringer, als in der Landwirtschaft. Die Arbeiter sollten nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft beschäftigt werden, um die Produktion zu erhöhen. Die Arbeiter sollten in der Industrie beschäftigt werden, um die Produktion zu erhöhen. Die Arbeiter sollten in der Industrie beschäftigt werden, um die Produktion zu erhöhen.

Kleine Mitteilungen.

Ausfuhrverbot nach dem belgischen Gebiet. Überfeld. Die Reichsgesetzgebung hat die Einfuhr von Lebensmitteln von Privaten und Gemeinden in das belgische Gebiet verboten. Durch diese Maßregel soll offenbar verhindert werden, daß Lebensmittel unter Ausnutzung des Belagungsstandes über die Reichsgrenzen nach Westen abgeführt werden.

Die Zahlung der Kriegsschuld. Dem Vernehmen nach sind die ersten 20 Milliarden Mark, die Deutschland nach dem Friedensvertrag auf die Wiedergutmachung als Schuld zu zahlen hat, mittlerweile in der Form von Warenlieferungen bereits zum größten Teil entrichtet worden.

My Paris, 17. Oktober. Konas. Ein Mann namens Bonifacio, der sich als Publizist ausgab, wurde unter dem Verdacht des Einvernehmens mit dem Feinde verhaftet.

My Berlin, 17. Oktober. Des „Petit Journal“ teilt mit: In Maxam wurde ein Komplotte entdeckt, das bezweckt, den Kronprinzen Alexander von Serbien zu töten. Hunderte von Verschwörern seien verhaftet.

Die holländische Regierung hat den Aufenthalt Hollands II. in Holland davon abhängig gemacht, daß er sich jeder öffentlichen Verbindung mit dem Ausland und jeder Aussprache mit Journalisten enthält.

Berlin. Am Reichsministerium des Innern ist bei der ersten Abteilung eine Unterabteilung Staatsrecht gebildet worden, der folgende Angelegenheiten zugeordnet worden sind: Vollzug der Verfassung, Verfassungsänderungen, Reichstag und Reichsrat, Volksabstimmung, Wahlen, Staatsgerichtsbarkeit, Reichsverwaltungsgericht, politische Parteien, Religions- und Kirchenfragen, Reichsflagge und Wappenstein.

Stockholm. Der bekannte Volkswirtschaftler Professor Cassel hat sein Urteil über seine letzten beiden Studien der deutschen Wirtschaftslage in den Tag zusammengefasst: „Wenn die Erzeugnisse (Finanzpolitik) durchgeführt wird, so wird Deutschland in ein Armenhaus verwandelt.“

Aus Stadt, Kreis und Umgebung.

Hochheimer Lokal-Nachrichten.

Hochheim. Der Vorstand der Zentrumspartei legt seiner Geschäfts- „zu den Gemeindefragen“ eine Reihe von Fragen entgegen.

die so eigentümlich schief gestellt sind, daß ihre Verantwortung kaum einen Reiz verleiht. Schuld daran ist die fortgesetzte Bezugnahme auf die Verhältnisse in der früheren Stadtvertretung. Vergleiche zwischen damals und heute zu ziehen, ist aber ganz zwecklos. Denn früher wurde nach dem Dreiklassenstufen gewählt, während nunmehr das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht gilt. Früher gehörten der ersten Klasse automatisch, kraft Gesetz, die größten Steuerzahler an, die das erste Drittel der Gesamtsteuer ausbrachten; die zweite Klasse fiel dem zweiten Steuerdrittel, die dritte Klasse dem letzten Steuerdrittel zu. Daran konnte man innerhalb der Gemeinden nichts ändern. Es ist aber doch zu sagen, daß in Hochheim die Erstklasser recht oft Zweitklasser hinzugezählt haben, und zwar lediglich nach dem Gesichtspunkt der Brauchbarkeit für besondere Gemeindefragen, auch der beruflichen Ausbildung der Betroffenen. Hieran mußte aber unbedingt geachtet werden, denn man weiß ja, wie schwer es ist, die genügende Zahl von arbeitsfähigen und arbeitswilligen Mitgliedern jedesmal nach Bedarf für die Gemeindefragen zusammen zu bringen. Aber es hat keinen Wert, sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen, die abgetan ist, sondern man muß die Erfordernisse der Gegenwart bedenken. Das neue Gemeindefragenrecht wird manche mit dem Dreiklassenwahlrecht verknüpfte Unbequemlichkeiten beseitigen, dafür aber auch die ungleich größere Gefahr heraufbeschwören, daß eine radikale Klasse die Gemeindefragen in ihre Hand bringt. Was wir dann erleben würden, davon hat die kurze Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates im vorigen Winter einen genügenden Vorgeschmack gegeben. Umso mehr haben alle bürgerlichen Kreise Anlaß, sich unterschiedenes zusammenzusetzen. Es ist aber ein Grund mehr dafür, wenn die beiden sozialdemokratischen Parteien isoliert und politisch vorgehen. Wenn das Zentrum auf seinen Erfolg bei den Wahlen zur Nationalversammlung mit Recht stolz ist, so sollte es doch nicht vergessen, daß der Radikalismus in der Zwischenzeit bedeutende Fortschritte gemacht hat, die einem getrennt marschierenden Bürgertum bei den kommenden Wahlen böse Überraschungen bereiten können. Darum würde auch die größte bürgerliche Partei durch ihren Reiz auf einseitiges politisches Vorgehen keine Schwäche, sondern nur weitgehender Gemeindefragen betonen. Es ist ein Widerspruch, wenn sich der Zentrumsvorstand gegen einen angeblichen Brandstifter wehrt, den ich ihm gar nicht gemacht habe, nämlich seine Radikalität, die einseitig zusammengelegt. Vielmehr habe ich nur seine Abhängigkeit, den Wahlkampf ohne Rücksichtnahme mit der übrigen Bürgerkraft zu führen. Ohne seinen Radikalismus irgendeine zu nahe treten zu wollen, darf man doch behaupten, daß sie nicht als ausreichende Vertiefung der gesamten Bürgerkraft gelten können. Wenn diese aber infolge des Sonderverhaltens des Zentrums zu wenige Vertrauensmänner ins Rathaus einfinden kann, so wird dadurch das einzige Zusammenleben in der Gemeinde nicht gefördert, sondern gelähmt. Darunter leidet zunächst die kommunale Verwaltung, und weiterhin werden die Sozialdemokraten den Vorteil davon haben. Um diese schlimmen Folgen zu vermeiden, muß man an das bürgerliche Gemeindefragen in den Kreisen des Zentrums appellieren.

Wetter.

* Um 10 Uhr. Nach der abgelaufenen Woche brachte wieder einige recht kalte Tage und frostige Nächte. Die Sonne blieb an den meisten Tagen vollständig unsichtbar. So auch am gestrigen Sonntag, an dem ein feiner Nebel auf den Bergen wie ein Schleier ausgebreitet lag und dem Wanderer die Fernsicht verwehrt. Es liegt in der Natur jene Stimmung, wie sie Seneca sagt: „Wie der Wind so traurig fuhrt durch den Strauch, als ob er weine; Erbebecker der Natur schauen durch die weiten Räume.“ ... Mit jedem Finger pocht der Winter ans Tor und begehrt Einlass. Versteht sich, hat er letzte Woche schon seine Wintertafel abgeben. So auf dem Feldberg, im Taunus und im Schwarzwald, wo noch der erste Schnee gemeldet wurde. Da, der Winter! In den langen Kriegsjahren mit all ihrer Not und ihrer Knappheit an allem, was wir zum Leben notwendig brauchen, haben wir ihm kaum mit größerer Sorge entgegengekommen, wie in diesem Jahre. Wer fragt sich, wie es möglich ist, daß wir schon jetzt mitten in der Kälteperiode, die doch keine schlechte war, ringsum Klagen hören über Kältefrost? Wie soll das erst im Winter werden? Und dabei ziehen die Preise für die meisten Lebensmittel erheblich an. Die Kälteperiode ist schon jetzt, so wir noch langsam damit umgehen können, so groß, daß alle anderen Werte wegen Rohstoffmangel steigen müssen, daß die notwendigen Betriebe wie Gas- und Elektrizitätswerke ihren Betrieb einschränken oder ganz einstellen müssen, daß die Eisenbahnen die Verminderung des Verkehrs ankündigen und die Annahme von Gütern einschränken müssen. Da ist wohl die größte Sorge für den Winter bereitet. Aber hoffentlich geht alles besser, als wir fürchten; wir dürfen den Mut nicht verlieren, wir müssen auch diese Zeit überwinden.

* In das Handelsregister wurde eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma Weimann & Co. Industrielle Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Wiesbaden eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist die Schaffung von Industrie und Anfertigung von Fabrikaten, insbesondere in den Gewerbeten Biebrich, Schierling, Dohren, Hülshaus und Immobilien aller Art, sowie Finanzierungen, Gütern und Kommissionsgeschäfte. Das Stammkapital beträgt 30 000 Mark. Geschäftsführer ist der Rechtsanwalt Gustav Böhm in Biebrich a. Rh.

* Sein 25. Jahr. Jubiläum als Leiter der hiesigen Zweigniederlassung der Brauerei Henninger & Co. in Frankfurt a. M., feierte Herr Carl H. Sittig. In seine Tätigkeit traten sich infolgedessen interessante Briefe Erinnerungen, als kurz vor seinem Amtsantritt die damalige Frankfurter Bierbrauerei-Gesellschaft normal Heinrich Henninger u. Söhne die Frische Kleinbrauerei „zum Löwen“ pachtweise übernahm, während einige Jahre später die Brauerei Weimann „zur Rohmühle“ kauft und die Taunusbrauerei C. Wied übernahm und letztere seit etwa Jahresfrist vollständig von der Weimann & Co. Brauerei erworben wurde. Während durch zwei seiner Vorwände das Frankfurter Unternehmen etwas in Mitleid gekommen war, gelang es Herrn Sittig alsbald nach Aufhebung besonderer Niederlagen in Mainz und Wiesbaden, den Betrieb hierher zu verlegen und mit Fleisch und Laib das Geschäft zu heben und zu vergrößern, so daß es heute mit den anderen hier arbeitenden Brauereien auf gleicher Höhe steht.

Writto brüde the Hand ans Herz.

